

Substanzielles Protokoll 30. Sitzung des Gemeinderats von Zürich

Freitag, 14. Dezember 2018, 17.00 Uhr bis 19.40 Uhr, im Rathaus

Vorsitz: Präsident Martin Bürki (FDP)

Beschlussprotokoll: Sekretärin Elena Marti (Grüne)

Substanzielles Protokoll: Matthias Wettach

Anwesend: 122 Mitglieder

Abwesend: Susanne Brunner (SVP), Dr. Urs Egger (FDP), Felix Stocker (SP)

Der Rat behandelt aus der vom Präsidenten erlassenen, separat gedruckten Tagliste folgende Geschäfte:

- | | | | |
|-----|--------------------------|--|----|
| 1. | | Mitteilungen | |
| 11. | 2018/351 | Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und
Produktgruppen-Globalbudgets) | FV |
| 12. | 2018/56 | E/A Postulat der SP-Fraktion vom 07.02.2018:
Erhöhung der «Wintermantelzulage» für Alleinstehende,
Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern | VS |

Mitteilungen

Es werden keine Mitteilungen zur Kenntnis gebracht.

Geschäfte

692. 2018/351
Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Die Budgetberatung wird fortgesetzt (vergleiche Sitzung Nr. 29, Beschluss-Nr. 692/2018)

Beschlüsse:

Antrag 102.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Die Kanzleibibliothek wurde bereits im letzten Jahr im Budget diskutiert. Es handelt sich um eine interkulturelle Bibliothek für Kinder und Jugendliche und inzwischen auch um einen Quartiertreffpunkt. Sie bietet über dreitausend Kinderbücher in knapp dreissig verschiedenen Sprachen an. Es gibt einen Computerraum, um die Medienkompetenz der Jugendlichen aber auch der Älteren zu fördern. Die Kanzleibibliothek ist ein wichtiger Treffpunkt, der die Sprachkompetenz von Kindern und Jugendlichen aus aller Welt, aber auch die Medienkompetenz generationsübergreifend fördert. Darum kann eine Pestalozzi-Bibliothek dieses Angebot nicht ersetzen. Im letzten Jahr gab die Mehrheit im Gemeinderat während der Budget-Beratung dem Stadtrat den Auftrag, die Kanzleibibliothek weiterzuführen. In diesem Jahr budgetiert das Schuldepartement wiederum kein Geld dafür, obwohl wir explizit in der letzten Debatte ausführten, dass wir weiterhin eine Unterstützung durch die Stadt wollen. Der Stadtrat argumentiert, dass keine Rechtsgrundlage für die weitere Unterstützung der Kanzleibibliothek vorliegt. Deshalb wurde eine Motion eingereicht, die im nächsten Jahr diskutiert wird. Welches Departement sich für die Kanzleibibliothek zuständig sieht, ist zweitrangig. Der Mehrheit ist wichtig, dass sie gesichert bleibt, wofür wir 75 900 Franken beantragen. Damit können der Betrieb und die Mietkosten für das nächste Jahr finanziert werden. Wenn der Stadtrat der Ansicht ist, dass für die Ausrichtung der Beiträge ein anderes Departement zuständig sein soll, kann eine Kreditübertragung getätigt werden.

Severin Pflüger (FDP): Eine solche Quartiersbibliothek ist sehr sympathisch. Grundsätzlich möchten wir dergleichen unterstützen. Der Bedarf an solchen kleinen Bibliotheken muss jedoch berücksichtigt werden. Es handelt sich nicht um die erste kleine Quartierbibliothek, die im Gemeinderat diskutiert wird. Wir wollen auch die Menschen berücksichtigen, die zwar vielleicht noch nie dort waren, sich aber vorgenommen haben, die Bibliothek zu besuchen und darum das Angebot schätzen. Hierbei muss gesagt werden, dass die Pestalozzi-Bibliothek zur Verfügung steht. Ausserdem gibt es im Kanz-

leischulhaus eine Bibliothek mit einem Bestand, der sich ebenfalls sehen lässt. Ich glaube, dass es sich hier zu einem gewissen Grad um eine Klientelpolitik zugunsten derer handelt, die in der Kanzleibibliothek eine Anstellung und ein Auskommen haben. Auch wenn wir Gefahr laufen, unsympathisch zu sein, bitte ich, zu überprüfen, was tatsächlich gebraucht wird und was bereits in einer besseren Qualität und einer grösseren Vielfalt vorhanden ist.

S. 338	50	SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT				
	5010	Schulamt				
	3635 00 000	Beiträge an private Unternehmungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
102.	Antrag Stadtrat				19 422 000	Minderheit
				75 900	19 497 900	Mehrheit
						Abwesend
						Elisabeth Liebi (SVP)
						Begründung: Weiterführung Kanzleibibliothek (Betriebsbetrag plus Erlass Mietkosten)

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 85 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 103. und 104.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Walter Angst (AL): Die Stadt Zürich gibt 800 Millionen bis 1 Milliarde Franken für die Volksschule aus. Die Aufwendung im Schulamt sind vorgegeben, sie wachsen mit der Schülerzahl. Bei der Musikschule gibt es hingegen keine Vorgaben. Dort wurden in den letzten Jahren Anpassungen gemacht. Die Mehrheit beantragt, bei den Löhnen der Lehrpersonen und bei den Instrumenten mehr Geld einzustellen und dem Stadtrat den Auftrag zu erteilen, die gleiche Abdeckung wie im Jahr 2016 für das Jahr 2019 wieder sicherzustellen.

Stefan Urech (SVP): Bei einer wachsenden Stadt gibt es verschiedene Interessensgruppen, die mehr Platz und mehr Geld wollen. Die bürgerliche Minderheit im Gemeinderat vertraut der rot-grünen Mehrheit im Stadtrat, die verschiedenen Nachfragen und Interessensgruppen werden korrekt bedient. Wir bitten darum, der Einschätzung des Stadtrats zu vertrauen und seiner Forderung zu folgen.

S. 341 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5026 **Musikschule Konservatorium Zürich**
3020 00 000 **Löhne der Lehrpersonen**

	Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
103.	Antrag Stadtrat		38 100 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		600 000	38 700 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Anpassung Ressourcen Gruppenunterricht und Klassenmusizieren an Schülerwachstum				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 83 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 104.

Wortmeldungen siehe Antrag 103.

S. 342 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5026 **Musikschule Konservatorium Zürich**
3119 00 000 **Anschaffung übrige nicht aktivierbare Anlagen**

	Verbesserung	Verschle- terung	Betrag		Stimmen
104.	Antrag Stadtrat		350 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
		75 000	425 000	Mehrheit	Walter Angst (AL) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
				Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Anpassung Ressourcen Gruppenunterricht und Klassenmusizieren an Schülerwachstum				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 35 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 105.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): Die Fachschule Viventa bietet wie praktisch alle Berufsvorbereitungsschulen im Kanton Zürich Integrationsklassen an. Das Angebot richtet sich an spät zugezogene Menschen bis 21 Jahre, die nicht mehr im schulpflichtigen Alter sind. Für die Jugendlichen gibt es die integrationsorientierten Berufsvorbereitungsjahre. Die Schulangebote sind überaus wichtig, nicht nur für die Integration und den Einstieg in die Berufswelt spät zugezogener Jugendlicher, sondern auch für die Ausbildungsbetriebe, die darauf angewiesen sind, dass die Jugendlichen auch schulisch fit für eine Lehre sind. Die Berufsvorbereitungsjahre sind ein Win-win-Angebot: Für die Jugendlichen, für die Lehrbetriebe und für die Steuerzahlenden, weil eine erfolgreiche Ausbildung das beste Mittel gegen Sozialhilfeabhängigkeit ist. Ausgerechnet bei diesen Klassen soll eine Kürzung erfolgen. Begründet wird das damit, dass weniger junge Flüchtlinge in die Schweiz kommen. Viventa rechnet mit neun integrationsorientierten Klassen. Diese decken den Bedarf der Jugendlichen und jungen Erwachsenen aber bei weitem nicht ab. Die Abdeckung entspricht nicht einmal der Hälfte der jungen Erwachsenen bis 21 Jahre aus dem Flüchtlingsbereich aus der Stadt, geschweige denn dem Bedarf, wenn spät zugezogene Jugendliche, die mit ihren Eltern hier sind, ob sie Flüchtlinge sind oder nicht, miteinberechnet werden. Es darf nicht vergessen werden, dass die Klassen auch von spät zugezogenen Jugendlichen aus EU-Ländern besucht werden. Statt voreilig Klassen zu reduzieren, will die Mehrheit, dass die Klassen geplant und budgetiert bleiben. Sollte sich zeigen, dass tatsächlich zu wenig Anmeldungen erfolgen, muss der Betrag nicht ausgeschöpft werden. Sollte sich zeigen, dass es statt den zwei neu budgetierten Berufsvorbereitungsklassen eine Passerelle-Klasse mehr braucht und dafür eine Berufsvorbereitungsklasse weniger, reicht der eingestellte Betrag von 435 000 Franken ebenfalls aus. Die Mehrheit will, dass möglichst viele spät zugezogene Jugendliche den Einstieg in eine Ausbildung so bald wie möglich finden und dass niemand bei der Viventa abgewiesen wird, weil die Klassen zu voll sind. Das kommt auch dem Ausbildungsbetrieb zugute und wir alle profitieren davon.

Stefan Urech (SVP): Ist «Spätzugezogene» eine neue Bezeichnung für Flüchtlinge? Die Minderheit ist überzeugt, dass das Angebot für «Spätzugezogene» sinnvoll ist und vertraut dabei dem Stadtrat. Mit seinem Antrag kann das Angebot so gestaltet werden, dass alle Spätzugezogenen bedient sind. Ich sprach mit Schulpflegern der Viventa, die mir bestätigten, dass die Klassen überhaupt nicht aus allen Nähten platzen und dass nicht etwa untragbare Zustände herrschen. Der Führung kann getrost vertraut werden. Darum bitten wir, der Verschlechterung nicht zuzustimmen und beim Stadtrat zu bleiben.

Weitere Wortmeldungen:

Alan David Sangines (SP): Bei diesen Schulen und den spätzugezogenen Jugendlichen geht es nicht nur um Flüchtlinge, das ist ein Grundlagenirrtum. Es sind beispielsweise viele Portugiesen, Italiener, Spanierinnen oder Spanier, die mit ihren Eltern spät in die Schweiz zogen und noch nicht deutsch sprechen. Selbst wenn es mehr Flüchtlinge sind, haben wir alle das Interesse, dass sie möglichst schnell den Einstieg in eine Ausbildung finden. Die Berufsvorbereitungsklassen dienen dazu, dass sie nicht auf Sozialhilfe angewiesen sein werden. Im Moment sind Plätze für 144 Schülerinnen und Schüler budgetiert. Dabei sind drei Passerelle-Klassen budgetiert, die jetzt bereits 48 Schülerinnen und Schüler beherbergen. Im Sozialdepartement fragten wir nach, wie viele unter 21-Jährige im Flüchtlingsbereich in der Stadt und ohne Eltern

leben: Es sind 383. Dem gegenüber sollen die 144 Plätze aber auch denen Jugendlichen zur Verfügung stehen, die mit ihren Eltern hier sind. Darum wollten wir auch die Zahlen für spät zugezogenen Jugendliche nicht aus dem Flüchtlingsbereich wissen. Das Bevölkerungsamt teilte uns mit, dass bis zu 4000 Jugendliche und junge Erwachsene aus Ländern, in denen nicht deutsch gesprochen wird – allen voran Portugal, Spanien und Italien – in der Stadt leben. Diese Klientel besucht ebenfalls die Schule. Natürlich sind nicht alle 4000 auf Berufsvorbereitungsjahre oder Sprach- und Integrationskurse angewiesen. Aber wenn bereits ein kleiner Teil davon die Schule besucht, ist offensichtlich, dass 144 Plätze nicht ausreichen.

Stefan Urech (SVP): Ich möchte nochmals betonen, dass ich tatsächlich mit den Schulpflegerinnen der Viventa sprach, eine davon ist sogar meine Mutter. In der SVP sprechen wir ausserdem nicht von Spätzugezogenen, sondern von Ausländern.

S. 347 **50** **SCHUL- UND SPORTDEPARTEMENT**
5063 **Fachschule Viventa**
Diverse Konten für Schaffung Integrationsklassen

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
105. Antrag Stadtrat	gemäss Budgetentwurf 2019 inkl. Nachtrag			
		435 000	Minderheit	Peter Schick (SVP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Severin Pflüger (FDP)
			Mehrheit	Alan David Sangines (SP) Referent, Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Florian Utz (SP)
			Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
	Begründung: Zwei zusätzliche Integrationsklassen Berufsvorbereitungsjahre (BVJ); Budgeterhöhung gemäss nachfolgender Tabelle			

5063 Fachschule Viventa					
Konto	Kontobezeichnung	Budget bisher	November-brief	Ver-schlechte-rung	Budget neu
3020 00 000	Löhne Lehrpersonen	14 604 400	0	408 000	15 012 400
3090 00 000	Aus- und Weiterbildung des Personals	169 300	0	4 000	173 300
3099 00 000	Übriger Personalaufwand	34 100	0	200	34 300
3101 00 000	Betriebs-, Verbrauchsmaterial	67 500	0	500	68 000
3104 00 000	Lehrmittel	196 600	0	4 000	200 600
3105 00 000	Lebensmittel	247 900	0	7 000	254 900
3111 00 000	Anschaffung Maschinen, Geräte, Fahrzeuge	53 200	0	300	53 500
3119 00 000	Anschaffung übrige mobile Anlagen	32 100	0	300	32 400
3130 00 000	Dienstleistungen Dritter	351 000	0	3 000	354 000
3170 00 000	Reisekosten und Spesen	39 100	0	200	39 300
3171 00 000	Exkursionen, Schulreisen und Lager	191 600	0	5 500	197 100
3900 00 000	Interne Verrechnung Material-/Warenbezüge	304 700	0	2 000	306 700
	Total	16 291 500	0	435 000	16 726 500

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 86 gegen 36 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

SOZIALDEPARTEMENT

Antrag 106.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Samuel Balsiger (SVP): Wir wissen, dass die Stadt mit den Kosten in Zukunft ein Problem haben wird. Der grösste Kostenblock sind stets die Personalkosten. Darum müssen wir dort ansetzen. Bei diesem Konto gibt es eine kleine Kürzung bei den Personalkosten, dies aber nur durch einen Rotationsgewinn, wenn also ein älterer Arbeitnehmer ausschied, der mehr verdiente, als der neue Arbeitnehmer. Tatsächlich wurde also nicht gespart. Darum verlangen wir eine Verbesserung von unbeträchtlichen 240 000 Franken.

Felix Moser (Grüne): Hier geht es um das Departementssekretariat, wo beispielsweise alle Anfragen von uns bearbeitet werden. Auch sind die Krippenaufsicht, das Contract-Management sowie die Rechts- und Finanzfragen beinhaltet. Die Mehrheit sieht keinen Hinweis auf einen Posten, bei dem konkret gespart werden kann oder wo digitalisiert werden soll.

S. 352	55	SOZIALDEPARTEMENT			
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat			
	3010 00 000	Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals			
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag
106.	Antrag Stadtrat				
			240 000		4 808 300 Mehrheit
					4 568 300 Minderheit Abwesend
		Begründung:	Kürzung, das Amt ist überdotiert. Weiter muss sich nun die Digitalisierung auch im Personalaufwand niederschlagen. Reduktion um rund 5 %		
					Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP), Peter Schick (SVP), Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 107.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Felix Moser (Grüne): Es geht hier um zwei Fahrzeuge, die für die Sozialinspektoren

angeschafft werden sollen. Der Bezirksrat erklärte die von uns verabschiedete Verordnung als unzulässig. Es gibt darum momentan keine rechtliche Grundlage für die Tätigkeit der Sozialinspektoren und ich gehe auch davon aus, dass diese auch im gesamten Jahr 2019 nicht vorhanden sein wird: Aus der Medienmitteilung des Stadtrats ist zu entnehmen, dass er den Entscheid wohl nicht weiterziehen wird, sondern warten, bis der Kanton allenfalls andere Rechtsgrundlagen schafft. Es braucht keine Autos für die Sozialinspektoren und wir sind auch der Meinung, dass es keine Sozialinspektoren braucht.

Severin Pflüger (FDP): Neidvoll muss ich zugeben, dass der Entscheid des Bezirksamtes für den Antrag sehr gelegen kommt. Aber der Antrag wäre auch gestellt worden, wenn der Bezirksrat entschieden hätte, dass die rechtlichen Rechtsgrundlagen vorhanden sind. Den Sozialinspektoren keine Autos geben zu wollen, ist ein wenig subversiv: Sollen sie den Autofahrenden, die sie observieren müssen, hinterherlaufen? Es handelt sich um eine Art von Sabotage an der Institution der Sozialinspektoren. Wenn der Bezirksrat anders entschieden hätte, würde ich ihnen mangelndes Demokratie- und Rechtsstaatsverständnis vorwerfen; nun haben sie aber Glück gehabt. Wir bleiben beim Antrag des Stadtrats und geben ihm aber nur eine Budget-Kompetenz, um eine solche Anschaffung zu tätigen. Wir vertrauen dem Stadtrat, dass er keine Autos beschaffen wird, wenn keine entsprechende Verordnung vorhanden ist.

Weitere Wortmeldungen:

Markus Baumann (GLP): Wenn man konsequent wäre, müssten auch die Stellen der Sozialinspektoren in Frage gestellt werden.

Res Marti (Grüne): Sozialhilfeempfänger dürften nach der Meinung der Minderheit überhaupt kein Auto haben, warum also sollten die Sozialinspektoren dann einem Auto hinterherfahren?

S. 352	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3111 00 000	Anschaffung Apparate, Maschinen, Geräte, Fahrzeuge, Werkzeuge				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
107.	Antrag Stadtrat				64 000	Minderheit
			50 000		14 000	Mehrheit
						Abwesend
		Begründung:	Grüne: Keine Anschaffung von Autos für Sozialinspektoren; SP: Keine Anschaffung von Autos für Sozialinspektoren bis Verordnung rechtskräftig ist, gegebenenfalls Nachtragskredit beantragen			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 68 gegen 54 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 108.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Marcel Müller (FDP): Es geht hier um die vorläufig aufgenommenen Ausländer. Das sind Menschen, die entsprechend dem Bundesgesetz eigentlich in ihr Heimatland zurückkehren müssten, das aber aus verschiedenen Gründen nicht können. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigte, dass neun von zehn dieser Menschen für immer in der Schweiz bleiben. Darum ist es für uns wichtig, dass diese Menschen integriert werden. Für uns ist aber auch wichtig, dass massvoll mit den Integrationsgeldern umgegangen wird. Gerade in der letzten Woche hörten wir vom Direktor der Asyl-Organisation Zürich (AOZ), dass von den Hierbleibenden rund die Hälfte unter 25 Jahre alt ist. Wir gehen davon aus, dass sie lernwillig und lernfähig sind. Bei den Integrationsmassnahmen kann dort noch mehr auf das Geld geachtet werden. Darum stellten wir einen moderaten Kürzungsantrag von einem Fünftel.

Samuel Balsiger (SVP): Ohne den Sozialstaat gäbe es die riesige Einwanderung nach Europa über das Asylwesen nicht. Sie sagen immer, dass dabei nichts geändert werden kann, dass diese Menschen kommen und man nichts dagegen machen kann. Der zweitbeliebteste italienische Politiker, Matteo Salvini, schloss innerhalb eines Jahres die Fluchtroute über das Mittelmeer. Darauf trafen achtzig Prozent weniger Menschen in Italien ein. Demgegenüber wird stets behauptet, dass die Ankunft von Flüchtlingen gottgegeben sei. Wenn aber die richtigen Massnahmen getroffen werden, kann der Zustrom ins Sozialwesen gestoppt werden. Ohne das Sozialwesen kämen diese Leute nicht. Darum muss der Asylmissbrauch gebrochen und Kürzungen vollzogen werden. Darum schlagen wir eine konstruktive Kürzung von 8 Millionen Franken vor.

Felix Moser (Grüne): Weil die meisten dieser Menschen hierbleiben, ist es wichtig, dass sie sich rasch und gut integrieren. Der Nutzen der Integrationsprogramme ist nicht immer direkt, sondern oft erst nach langer Zeit nachweisbar. Darum ist die Forderung der FDP schwierig umzusetzen. Die Mehrheit ist der Meinung, dass die Programme sinnvoll sind und weitergeführt werden sollen.

S. 353 55
5500
3634 00 100

SOZIALDEPARTEMENT
Sozialdepartement Departementssekretariat
Beiträge an AOZ für Asylfürsorge und Wirtschaftliche Hilfe

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
108. Antrag Stadtrat			24 659 700 Mehrheit - 560 900 N	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
	460 000		23 638 800 Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
	8 636 800		15 462 000 Minderheit 2 Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit 2
	Begründung: FDP: Finanzierung notwendiger Programme zur beruflichen Integration, keine weiterführenden Programme ohne direkten nachweisbaren Nutzen; SVP: Zurück auf Budget 2018, da die Asylzahlen massiv zurückgehen und deutlich unter den Zahlen von 2017 liegen. Angebote reduzieren und sich auf das Wesentliche wie Sprachkurse beschränken			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(24 098 800)	85 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(23 638 800)	20 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(15 462 000)	<u>16 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 109.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Hier beim Departementssekretariat geht es um die städtischen Pflichtleistungen, wo wir bescheidene 300 000 Franken auf den immer noch hohen Betrag von 14,1 Millionen Franken reduzieren wollen. Erfreulich ist, dass es eines der wenigen Konten ist, das 400 000 Franken tiefer angesetzt wird, als für das Jahr 2018. Warum nicht weiter gekürzt werden kann, wurde mit dem Zuweiserkontingent des Kantons erklärt, das noch nicht reduziert wurde. Die Asylzahlen gehen aber massiv zurück, weshalb wir davon ausgehen können, dass das Zuweiserkontingent des Kantons noch reduziert wird. Aus unserer Sicht ist der Integrationsprozess viel zu langsam und kostet viel zu viel. Es braucht eine massive Beschleunigung. Wir wollen um bescheidene zwei Prozent reduzieren. Gerade im Angesicht der explodierten Beratungskosten der AOZ ist das sehr bescheiden.

Felix Moser (Grüne): Das Zuweiserkontingent des Kantons wurde bisher nicht reduziert. Wir sollten darum so budgetieren, wie wir momentan verpflichtet sind. Es gibt keinen Grund, die Zahlen vorsorglich zu ändern.

S. 353	55	SOZIALDEPARTEMENT			
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat			
	3634 00 104	Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Städtische Pflichtleistungen			
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
109.	Antrag Stadtrat			14 439 400	Mehrheit
					Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		300 000		14 139 400	Minderheit Abwesend
					Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung:	Der Kanton wird 2019 sicher das Zuweiserkontingent senken, da die Asylzahlen zurückgehen. Die Integration muss schneller vollzogen werden. Anpassungen im Prozess		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 105 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 110.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Luca Maggi (Grüne): Bei diesem Antrag geht es darum, wie wir mit einem Teil der Schwächsten unserer Gesellschaft umgehen wollen; wie wir Flüchtlingskinder unterbringen, die alleine und ohne ihre Eltern hier leben. Neben dem MNA-Zentrum Lilienberg in Affoltern am Albis betreibt die AOZ in der Stadt aktuell die drei MNA-Aussenstellen Höngg, Leimbach und Aubruggweg in Schwamendingen. Sie bieten Platz für knapp einhundert unbegleitete Minderjährige (Mineurs non accompagnés MNA). Die Aussenstelle Höngg wird Ende dieses Jahres geschlossen und für die Aussenstelle Aubruggweg war eine Schliessung für Anfang des Jahres 2019 geplant. Die Begründung war, dass die Zahlen der Asylsuchenden rückläufig seien und darum auch weniger unbegleitete Minderjährige kommen. Diese Begründung greift jedoch zu kurz. In der Antwort auf die Schriftliche Anfrage GR Nr. 2018/363 listet der Stadtrat detailliert auf, wie viele MNA in welchen AOZ-Unterkünften leben. Diese Zahlen zeigen, dass die Schliessung der beiden Zentren zwar rechnerisch und von der Anzahl freier Plätze verkraftbar wäre. Damit sind aber die übrigen Zentren ausgelastet und es besteht kein Handlungsspielraum mehr. Die Mehrheit lehnt diese voreilige Schliessung auf Vorrat ab. Dazu kommt, dass ein Umzug bei den betroffenen Jugendlichen grosse Unsicherheit und Unruhe auslöst. Sämtliche Expertinnen und Experten, die mit diesen jungen Menschen zusammenarbeiten, weisen darauf hin, dass Umplatzierungen für die Jugendlichen eine grosse Belastung darstellen und dass gerade traumatisierte Jugendliche für ihre Integration auf Stabilität anstelle eines permanenten Verschiebens angewiesen sind. Die MNA-Aussenstelle Aubruggweg wurde erst diesen Sommer eröffnet, viele Jugendlichen erlebten also bereits eine solche Umplatzierung, viele auch schon weitere. In Zusammenarbeit mit dem Kanton ist der Stadtrat darum bereit, die Aussenstelle Aubruggweg für mindestens ein weiteres Jahr in städtischer Kompetenz zu betreiben. Dafür wollen wir 900 000 Franken budgetieren. Die Mehrheit begrüsst die Lösung im Sinne des Kindeswohls. Damit wollen wir den Jugendlichen mehr Ruhe und Stabilität bieten.

Walter Anken (SVP): Auch hier wollen wir mit 390 000 Franken einen bescheidenen Betrag reduzieren. Dann befinden wir uns wieder auf der Höhe des Budgets des Jahres 2018. Die Asylzahlen gehen massiv zurück. In der Stadt halbierte sich die Anzahl von Minderjährigen zwischen den Jahren 2017 und 2018. Auch die Anzahl von jungen Erwachsenen ging deutlich zurück. Gerade bei jungen Erwachsenen ist der Betreuungsaufwand geringer, als bei Kindern.

Severin Pflüger (FDP): Der Stadtrat und die AOZ behandeln die Menschen gut. Gerade die unbegleiteten Kinder und Jugendlichen, die sich in einer heiklen Situation befinden, werden in der AOZ gut aufgenommen, was einen wesentlichen Einfluss auf ihre weitere Biographie hat, die den Bemühungen entsprechend in einem positiven Sinn weitergeschrieben werden. Wir glauben nicht, dass wir das als Gemeinderat besser beurteilen können. Laut dem Stadtrat ist die kritische Grösse, um das Zentrum Aubruggweg weiterhin zu betreiben, nicht mehr gegeben. Dabei ist weiterhin gewährleistet, dass das Angebot in den anderen Einrichtungen der AOZ eingehalten werden kann. Darum unterstützen wir den Antrag des Stadtrats.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Das Problem ist nicht die AOZ oder die Stadt; das Problem ist der Leistungsauftrag, der vom Kanton vergeben wird. Er basiert auf Zahlen, mit denen faktisch nur grosse Zentren möglich sind. Das wurde zusätzlich verschärft, weil die Bereithaltungskosten eigentlich auf die normalen Kosten übertragen wurden. Der kürzlich neu ausgeschriebene Leistungsauftrag zeigt, dass es sich um eine Nivellierung nach unten handelt. In den 1970er-Jahren kam es im Kanton Zürich dank der grossen Heimkampagne zur historischen Aufarbeitung und es wurde bekannt, wie Jugendliche in öffentlichen Heimen äusserst schlecht behandelt wurden. Durch kontinuierliche Arbeit wurde erreicht, dass die Situation heute komplett anders ist. Das Erwachsenenschutzgesetz gilt auch für Jugendliche; die Jugendlichen in schwierigen Situationen werden sinnvoll betreut. Was wir heute mit unbegleiteten Minderjährigen machen – angefangen vom Bund, der die Ausgaben im Kanton Zürich kürzt und die Aufträge erteilt, die die Stadt mit der AOZ richtigerweise übernahm – das entspricht nicht mehr der Betreuung, gemäss den schweizerischen Standards, der Kinderschutzkonvention und den verfassungsmässigen Aufträgen. Wir erteilen mit dem Antrag dem Stadtrat den Auftrag, an einem Ort eine Betreuungseinrichtung zu führen, die von der Grösse her für einen direkten Kontakt und ein aufbauendes Betreuen geeignet ist, mit dem die Perspektiven der Integration garantiert werden. Es handelt sich um langfristige Investitionen, die schliesslich Ausgaben senken werden. Weitere Ausgaben werden notwendig sein, bis der Kanton in diesem Punkt seine Verpflichtung wahrnimmt und das notwendige bezahlen wird.

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Im Bericht ist von der kritischen Grösse die Sprache. Damit ist ein Indikator gemeint: die Finanzierung. Wenn ein Heim nicht vollständig gefüllt wird, gilt das ökonomisch gerechnet als Defizit. Bei einer solchen Betrachtung wird die Frage des Kindeswohls aus dem Zentrum verdrängt. Für diese Einrichtungen wollen wir, dass wie bei den anderen Kinder- und Jugendheimen, ein solcher Betreuungsschlüssel verwendet wird, dass in kleinen Gruppen qualifiziertes Personal die Betreuung wahrnehmen kann. Damit wird diesen jungen Menschen Ruhe, Unterstützung und auch ein Stück neue Heimat geboten. Damit entsteht die grosse Wahrscheinlichkeit, dass sie sich gut in der neuen Kultur integrieren. Die Einrichtungen zu schliessen bedeutet, das was sie aus der Fluchtzeit kennen: Immer wieder neue Orte, Verunsicherung und keine Stabilität und damit keine Integration.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Mehrmals war von der rückläufigen Anzahl von Flüchtlingen die Rede. Das stimmt natürlich, aber die Gemeinde ist erst von diesem Rückgang betroffen, wenn das kantonale Kontingent reduziert wird. Bis jetzt ist das nicht der Fall, was auch damit zu tun hat, dass sich viele Menschen in eidgenössischen oder kantonalen Strukturen befinden und immer noch den Gemeinden im Kanton zugewiesen werden. Wenn dann die Zahlen tatsächlich auch für die Gemeinden zurückgehen werden, wird sich das im Kontingent abbilden und ab dann zeigt sich das auch bei den Kosten. Selbstverständlich ist dann die Integrationsarbeit noch lange nicht abgeschlossen. Werden die sinkenden Fallzahlen aber anhalten, werden wir das schliesslich in der Stadt spüren. In Zürich ist es der Kanton, der für die Unterbringung von MNA zuständig ist; die AOZ erfüllt ihren Auftrag gemäss den kantonalen Vorgaben. Die MNA-Aussenstelle Aubrugweg eröffneten wir im Rahmen des kantonalen Auftrags, um die wachsende Anzahl von MNA unterbringen und betreuen zu können. In den kantonalen Strukturen gehen die Zahlen der MNA zurück, darum ist es ein Gebot der Stunde, dass die Strukturen im Rahmen des kantonalen Auftrags wieder zurückgebaut werden. Diesbezüglich bestehen wenig Handlungsmöglichkeiten für uns. Tatsächlich besteht im

konkreten Fall der Aussenstelle Aubruggweg, die sich auf städtischem Grund befindet, die Möglichkeit, dass wir die Jugendlichen in das städtische Kontingent übernehmen. Das ist aber nur unter Zustimmung des Kantons möglich. Die von Luca Maggi (Grüne) erwähnte Bereitschaft des Stadtrats bezieht sich darauf, dass wir zum Zeitpunkt, als der Antrag der Rechnungsprüfungskommission (RPK) im Raum stand, mit dem Kanton Gespräche führten und fragten, ob er im Fall einer Annahme des Antrags im Gemeinderat mit diesem Wechsel von der kantonalen zur kommunalen Unterbringung einverstanden wäre. Es darf nicht zu einer Intervention in einen kantonalen Auftrag kommen; mit dem Budgetbeschluss handelt es sich um eine städtische Angelegenheit. Ich bin froh, dass wir konstruktive Gespräche mit dem Kanton führen konnten und die entsprechende Bereitschaft vorhanden ist. Dafür muss Geld ausgegeben werden, aber für die konkrete Situation der Jugendlichen ist es natürlich positiv, wenn sie im Rahmen ihrer Unterbringung nicht ihren Wohnort wechseln müssen.

Severin Pflüger (FDP): Wir wollen nicht etwa aus ökonomischen Gründen die Betreuung der Kinder komprimieren; wir wollen lediglich den Antrag des Stadtrats unterstützen. Uns ist bewusst, auf was Kinder mit einer schwierigen Fluchtbiographie angewiesen sind und es ist auch das ehrliche und aufrichtige Anliegen der Freisinnigen, dass es den Kindern gut geht.

Walter Anken (SVP): Auch wir wünschen uns nicht die Betreuungsform der Heime der 1940er-Jahre zurück; ich selbst kenne Menschen, die in dieser Zeit in Heimen aufwuchsen. In diesem Zusammenhang ging auch das Schicksal der Verdingkinder an uns SVPlern nicht vorbei. Nichtsdestotrotz, wegen einer Kürzung von 300 000 Franken werden diese Menschen nicht schlechter leben; wenn sie einmal umziehen müssen, verhindert das nicht die Integration. Ich glaube, dass diese jungen Menschen genügend flexibel sind, um einmal umzuziehen und sich trotzdem zu integrieren.

S. 353	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3634 00 105	Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
110.	Antrag Stadtrat				3 856 000	Minderheit 1
				900 000	4 756 000	Mehrheit
			390 000		3 466 000	Minderheit 2 Abwesend
		Begründung:	Grüne: Weiterführung des Zentrums für unbegleitete Minderjährige des Asylwesens (MNA) Aubruggweg als städtische Einrichtung; SVP: Zurück auf Budget 2018. Es ist nicht einsichtig, warum die Kosten steigen, wenn die Asylzahlen sinken. Die Zahlen der Minderjährigen und der jungen Erwachsenen gehen auch zurück. Die Betreuung bei jungen Erwachsenen ist geringer als bei Kindern			

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(3 856 000)	34 Stimmen
Antrag Mehrheit	(4 756 000)	71 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(3 466 000)	<u>16 Stimmen</u>
Total		121 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 111.

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Alan David Sangines (SP): «Züri rollt» ist ein gratis Veloverleih, der von Touristinnen und Touristen sowie der hiesigen Bevölkerung rege und gerne genutzt wird. Betrieben wird der Veloverleih von Sozialhilfebeziehenden, darunter auch von vielen geflüchteten Menschen. «Züri rollt» deckt nicht nur das Bedürfnis eines gratis Veloverleihs ab, sondern stellt ein Arbeits- und Integrationsprogramm dar, mit dem die Menschen eine Tagesstruktur erhalten, deutsch lernen und arbeiten. Die grün-weissen Häuschen sind nicht mehr aus dem Stadtbild zu denken. Die Stadt entschied sich, den Veloverleih auszuschreiben und gab den Zuschlag der Firma PubliBike. Nachdem der Start aber misslang und die Velos wieder eingezogen werden mussten, ist unklar, bis wann die Probleme behoben und die Velos wieder in der Stadt eingeführt werden. Aktuell spricht die Firma von der Zeitspanne April bis Sommer 2019 für die definitive Einführung. In der Vergangenheit kam es vermehrt zu Komplikationen mit der Firma und der Einführung der Velos und ausserdem ist ein Postulat der GLP zum Thema hängig. Die Mehrheit der RPK schätzt das «Züri rollt»-Angebot als Dienstleistung für die Bevölkerung und als Arbeitsintegrationsprogramm sehr positiv ein und will, dass das Angebot im Jahr 2019 weitergeführt wird. Vom Tiefbau- und Sozialdepartement wurde uns mitgeteilt, dass das auf diesem Konto eingestellt werden muss, was wir hiermit tun.

Severin Pflüger (FDP): Wir vertreten auch hier die Ansicht des Stadtrats. Dass das Projekt einerseits ein positives und gut funktionierendes Integrationsprojekt ist, glauben auch wir. Dass hingegen eine entsprechende Nachfrage für dieses Angebot vorhanden ist, sehen wir nicht. Der Markt hat das inzwischen anders gelöst und bereinigt. Es ist unsere Aufgabe, den Privaten das Private zu überlassen und ein Projekt zu finden, das ähnlich gut gelingt, wie das mit «Züri rollt» geschah. Das Angebot sollte aber nicht ohne die entsprechende Nachfrage aufgestellt werden, weshalb wir den Stadtrat unterstützen.

Weitere Wortmeldungen:

Natalie Eberle (AL): Auch wir sind der Meinung, dass es sich hier um ein gutes Integrationsprojekt der Stadt handelt. Wir halten es aber für ein gutes Projekt zur Ergänzung von PubliBike; es gibt Touristinnen und Touristen, die ihre Daten nicht preisgeben und keine App installieren wollen, um ein Velo ausleihen zu können. Sie nehmen gerne das «Züri rollt»-Angebot wahr. Wir sind aber der Meinung, dass das Projekt nicht ideal in der AOZ aufgehoben ist, sondern vielmehr zu Zürich Tourismus gehört. Zürich Tourismus würde es gut anstehen, ein solches Integrationsprojekt zu führen. Darum wollen wir als einmalige Überbrückungsfinanzierung für das Jahr 2019

der Mehrheit zustimmen.

Stephan Iten (SVP): Wer in Zürich lebt, kann sehen, dass die PubliBikes bereits wieder eingeführt wurden. Sie hatten ein kurzes Problem mit den Schliesssystem, was aber mittlerweile behoben wurde. Die definitive Einführung im nächsten Jahr bezieht sich auf die vollständige Eröffnung aller 150 Stationen und der Einsatz aller 2250 Velos. Mit PubliBike wurde beinahe einem Staatsbetrieb der Auftrag erteilt. Warum nun zusätzlich ein weiteres staatliches Angebot zur Verfügung gestellt werden soll, erschliesst sich nicht. Für die Integration braucht es «Züri rollt» nicht, denn für den Unterhalt und die Reparaturen der PubliBike-Velos ist die AOZ bereits zuständig.

Ernst Danner (EVP): Die EVP stimmt dem Stadtrat zu. Es handelt sich zwar um ein sympathisches Projekt, «Züri rollt» hat sich aber bereits überlebt. Wenn ein Angebot nicht mehr aktuell ist, muss man den Mut haben, es einzustellen, vor allem wenn genügend alternative Integrationsprojekte vorhanden sind. Bei diesen Projekten muss beachtet werden, dass Integration in den ersten Arbeitsmarkt gefördert und nicht im zweiten Arbeitsmarkt verharrt wird.

Sven Sobernheim (GLP): Wir engagierten nicht das Tochterunternehmen der Post AG; sie gewannen eine Ausschreibung gegen zwei andere Anbieter, die unterlegen sind, weil sie einen Betriebsbeitrag von 0 Franken offerierten.

S. 353	55 5500 3634 00 105	SOZIALDEPARTEMENT Sozialdepartement Departementssekretariat Beiträge an Asyl-Organisation Zürich: Besondere städtische Integrationsleistungen				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
111.	Antrag Stadtrat				3 856 000	Minderheit
				300 000	4 156 000	Mehrheit
					Enthaltung	Walter Angst (AL)
					Abwesend	Elisabeth Liebi (SVP)
		Begründung:	Weiterbetrieb von «Züri rollt», da attraktives Angebot und sinnvolles Beschäftigungsprogramm			

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 79 gegen 40 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

Antrag 112.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Es geht hier um die Beiträge an Eltern mit einem Anspruch auf subventionierte Kinderbetreuung; wir wissen, dass Familien mit Kindern die Zukunft sind. Gegenüber zum Vorjahr sehen wir hier eine Steigerung um 7,9 Millionen Franken.

Wir wollen das um bescheidene 3 Millionen Franken reduzieren, die Erhöhung also verkleinern. Die Betriebsstrukturen in den Kindertagesstätten müssen effizienter und kostengünstiger werden; in Anbetracht der Explosion dieses Kontos bleibt uns nichts Anderes übrig. Des Weiteren muss auch die Beteiligung der Eltern in Betracht gezogen werden. Wer eine Familie und Kinder will, muss selbst entscheiden können: Es kann nicht sein, dass die Subventionen der Kitas dazu führen, dass man Kinder haben will.

Felix Moser (Grüne): Vor rund einem Jahr diskutierten wir die neue Verordnung für die Kinderbetreuung und setzten sie in Kraft. Unter anderem wurden die Regelungen so angepasst, dass die Kinderkrippen ihre Strukturen verändern mussten: Entsprechend der Verordnung führten sie Schliessstage ein und passten die Öffnungszeiten an. Nie war die Rede davon, dass die Vorlage zu tieferen Kosten führen wird; wegen des Bevölkerungswachstums steigen die Kosten leicht an. Das hält sich aber in Grenzen. Bereits vor zwei Jahren war uns klar, dass es im Jahr 2019 zu einer Steigerung in ungefähr der vorliegenden Höhe kommen wird. Die Entscheidung, Kinder zu haben, wird kaum für jemanden von den Fragen beeinflusst, ob die Kinder in die Krippe geschickt werden können und wie viel das kosten wird. Die Mehrheit der RPK hält es für wichtig, dass alle, die darauf angewiesen sind, einen bezahlbaren Krippenplatz erhalten können. Bezahlbare Krippen sind wichtig für die Gleichstellung von Mann und Frau sowie für die Vereinbarung von Beruf und Familie. Frauen müssen nicht mehr wie früher zwanzig Jahre lang zuhause bleiben und danach Schwierigkeiten mit dem Einstieg in das Erwerbsleben haben. Die Kinderbetreuung für alle ist in verschiedener Hinsicht sehr sinnvoll.

Weitere Wortmeldung:

Walter Anken (SVP): Wir befürworten selbstverständlich auch die Gleichberechtigung, auch für Frauen oder Männer, die zuhause bleiben, um die Kinder zu betreuen.

S. 357	55	SOZIALDEPARTEMENT				
	5500	Sozialdepartement Departementssekretariat				
	3637 00 102	Beiträge an Eltern mit Anspruch auf subventionierte Kinderbetreuung				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
112.	Antrag Stadtrat				77 166 800	Mehrheit
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
			3 000 000		74 166 800	Minderheit Abwesend
						Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit
		Begründung:	Das Anpassen der Betriebsstrukturen sollte zu tieferen Betriebskosten führen, damit wenigstens ein Teil der höheren Nachfrage kompensiert werden kann			

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 104 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 113.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): *Wir wollen das Budget um bescheidene 450 000 Franken auf 14,4 Millionen Franken reduzieren. Die SVP lehnt die Stellenerhöhung um drei Stellen ab, die kostenneutrale Verschiebung der 4,1 Stellen befürworten wir hingegen. Wir erwarten, dass die Digitalisierung nun endlich Wirkung zeigt. Bis heute werden Millionen von Franken für Digitalisierungsprogramme ausgegeben, was sich bisher aber nicht im Personalbestand widerspiegelte.*

Felix Moser (Grüne): *Bei den Stellen, die die SVP streichen will, geht es genau um die Digitalisierung: Es geht um die neue Fallführungs-Software, die Zürich zusammen mit Bern und Basel einführen wird. Die RPK und die GPK wurden bereits mehrmals über das neue System informiert und mehrere Stadtratsbeschlüsse darüber wurden vorgelegt. Die Mehrheit der RPK steht hinter dem Stadtrat.*

S. 359	55 5510 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
113.	Antrag Stadtrat				14 823 600	Mehrheit
			450 000		14 373 600	Minderheit Abwesend
			Begründung:	Keine Erhöhung um 7,1 Stellen, sondern nur um die 4,1 verschobenen Stellenwerte		
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 14 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 114.

S. 361	55 5510 500003 / 5200 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Support Sozialdepartement Anschaffung Software / Software				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
114.	Antrag Stadtrat				5 708 000	Mehrheit
			2 000 000		3 708 000	Minderheit Abwesend
						Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Begründung: Entwicklungskosten reduzieren durch Verschieben in die Folgejahre.
Einkauf der Software prüfen

Elisabeth Liebi (SVP) zieht namens der SVP-Fraktion den Antrag der Minderheit zurück. Damit ist dem Antrag der Mehrheit stillschweigend zugestimmt.

Antrag 115.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Das Konto wurde gegenüber dem letzten Jahr um massive 5,5 Millionen Franken erhöht. Wir fordern darum eine Reduktion um 1,6 Millionen Franken, damit die Erhöhung 3,9 Millionen Franken betragen wird. Aus unserer Sicht müssen die Alterszentren ihre Betriebsstrukturen anpassen. Wenn wir die Kosten in den Griff bekommen wollen, bleibt uns nichts Anderes übrig, als effizienter zu sein. Die 1,6 Millionen Franken entsprechen einer bescheidenen Reduktion um zwei Prozent.

Felix Moser (Grüne): Die zusätzlichen Kosten auf diesem Konto sind auf die MiGeL-Kosten zurückzuführen, die nach einer Gerichtsentscheid neu nicht mehr von den Krankenkassen, sondern von den Gemeinden übernommen werden müssen. MiGeL bedeutet die Mittel- und Gegenständeliste, was unter anderem Verband- und Pflegematerial beinhaltet. Daraus Anpassungen der Betriebsstrukturen zu fordern, kann ich nicht nachvollziehen.

S. 363	55 5515 3632 00 200	SOZIALDEPARTEMENT Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV Beiträge an Gemeinden und Zweckverbände für Leistungen der Langzeitpflege				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
115.	Antrag Stadtrat				77 600 000	Mehrheit
			1 600 000		76 000 000	Minderheit Abwesend
			Begründung:	Die Alterszentren müssen ihre Betriebsstrukturen anpassen, damit die massive Erhöhung moderater ausfällt		

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 102 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Gemeinsame Behandlung der Anträge 116. und 117. (Postulat GR Nr. 2018/56).

Kommissionsmehrheit/-minderheit:

Albert Leiser (FDP) begründet den Antrag der Mehrheit, stellt zum Postulat einen Textänderungsantrag und begründet diesen: Beim Antrag 116. spricht sich die Mehrheit

für die Erhöhung der Wintermantelzulage um 2,6 Millionen Franken aus. Dass wir mit dem Textänderungsantrag zum Postulat die SP links überholen, mag vielleicht irritieren. Die FDP als Wirtschaftspartei hat aber auch eine hohe Sozialkompetenz. Etwa 13 000 AHV-Bezüger erhalten zusätzlich Ergänzungsleistungen. Als noch Dr. Werner Sieg (SP) Teil des Gemeinderats war, achteten wir stets darauf, dass das Personal Lohnerhöhungen erhielt und dass die Wintermantelzulagen gestützt werden. Gleichzeitig verlangten wir eine Steuerreduktion von drei Prozent. Das funktionierte stets. Bei der Textänderung verändern sich lediglich die Zahlen: So sollen die Menschen mit 500 statt 400 Franken, respektive mit 750 statt 600 Franken unterstützt werden.

Samuel Balsiger (SVP): Wenn in der Politik ein Problem betrachtet wird und dabei der Anfang des Problems gesucht wird, steht dort stets der Staat. Der Staat ist immer die Auslösung aller Probleme, die wir hier diskutieren. Die Bevölkerung wuchs um 16 Prozent, während die Ausgaben um 24 Prozent wuchsen. Für Steuersenkungen und für die Entlastung der Bevölkerung hätten wir kein Geld, wird argumentiert, während gleichzeitig Gutmenschen-Anliegen eingebracht werden, mit denen sie sich profilieren wollen. Eine Steuersenkung entspräche einer tatsächlichen Entlastung der Rentner. Der Kassensturz analysierte, wie sich die Steuerbelastung der Rentner zwischen den Jahren 1994 und 2014 entwickelte. Bei tiefen Einkommen bezahlen die Rentner 51 Prozent mehr Steuern, bei mittleren Einkommen bezahlen sie 38 Prozent mehr. Weil hier stets dem Irrsinn zugestimmt wird, während gleichzeitig behauptet wird, dass kein Geld für die Entlastung der Bevölkerung vorhanden ist, leiden die Menschen. Darum machen die Gutmenschen-Profilierungsanträge keinen Sinn. Wir schwimmen im Geld, das der Kapitalismus erwirtschaftet. Während wir einerseits über kein Geld zur Entlastung verfügen, geben wir andererseits hunderte Millionen Franken für Profilierungsprojekte aus. Anstelle eines Überholens von links müssen wir einen bürgerlichen Weg beschreiten, den Staat beschneiden, mehr Freiheit gewähren sowie den Mittelstand und die Rentner entlasten.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3762/2018): Unsere Stadt ist erfolgreich. Gleichzeitig kommt der Erfolg nicht bei allen Menschen im gleichen Ausmass an, nicht alle spüren den wirtschaftlichen Erfolg der Stadt. Auch in Zürich gibt es viele Menschen, unter anderem solche, die Ergänzungsleistungen beziehen, bei denen jeder Franken zählt. Uns allen ist es ein Anliegen, dass Zürich wirtschaftlich stark ist. Auch ist es uns erfreulicherweise zusammen mit dem Freisinn ein gemeinsames Interesse, dass alle Zürcherinnen und Zürcher an diesem Erfolg in einem gewissen Umfang partizipieren können. Mit dem Postulat fordern wir die Erhöhung der Wintermantelzulage, weil damit sehr zielgerichtet finanziell entlastet werden kann. Da das Postulat bis zur Budgetdebatte nicht behandelt wurde, beantragten wir die gleichzeitige Behandlung und setzten einen Betrag in das Budget ein, das die Forderung deckt. Dem Textänderungsantrag begegnen wir natürlich sehr erfreut, die im Postulat geforderte Erhöhung schätzten wir damals als mehrheitsfähig ein, was nun offensichtlich zu tief war. Die Verbesserung um nun 200 respektive um 300 Franken bedeutet für die betroffenen Menschen eine sehr viel grössere Entlastung als eine Steuerreduktion von drei Prozent.

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): Die FDP fordert eine Steuersenkung in der Höhe von 60 Millionen Franken, von der vor allem die Reichen profitieren. Im Gegensatz dazu ist sie bereit, für 13 000 Menschen 2,6 Millionen Franken einzusetzen. Diese soziale Politik der FDP muss man sich auf der Zunge vergehen lassen. Die Wintermantelzulage geht auf einen Gemeindebeschluss aus dem Jahr 1929 zurück. Der Gemeindebeschluss wurde in der Zusatzleistungsverordnung (ZLV) konkretisiert, wo beschrieben wird, dass neben den

Gemeindebeiträgen, 39 Millionen Franken, die Einmalzulage bezahlt werden kann. Der Maximalbetrag liegt bei einem Viertel des Gemeindegremiums, was 1444 Franken entspricht. Ginge man von diesem Beitrag aus, entspräche die Erhöhung 12,5 Millionen Franken. Heute besteht das Problem, dass die Gemeindegremiums und die Einmalzulage das letzte eines bedingungslosen Beitrags an Menschen sind, die sozial sehr knapp unterwegs sind. Es ist aber nicht mehr so, wie im Jahr 1929, als es sich nur um Menschen handelte, die betagt sind. Der Beitrag war für diese Menschen überlebensnotwendig. Heute gibt es viele andere Gruppen, die auf solche bedingungslosen Zuschüsse angewiesen wären: Working Poor, die nicht Sozialhilfe beziehen wollen oder können, oder Alleinerziehende, die immer wieder in einer Lebenssituation sind, in der sie Notwendiges nicht mehr bezahlen können. Interessant wäre, wenn die Rechtsgrundlagen angepasst würden und somit ein tatsächlicher Ausgleich geschaffen werden kann. Es würde komplizierter werden, weil das Attraktive der Wintermantelzulage und an den Gemeindegremiums ist, dass die Beiträge praktisch ohne administrativen Aufwand ausbezahlt werden. Der vorliegende Kompromiss kann nicht als grossartiger Deal dargestellt werden.

Rolf Müller (SVP): *Die SVP unterstützt das Postulat. Es geht in die richtige Richtung; es ist wichtig, dass auch heute den Ärmsten der Stadt die Wintermantelzulage ausbezahlt wird. Alles verteuerte sich massiv, darum begrüssen wir auch eine entsprechende Erhöhung der Zulage. Das ist sinnvoll und der finanzielle Spielraum ist vorhanden, auch wenn es Zürich nicht wie im Postulat beschrieben «sehr gut» geht.*

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): *Auch wir unterstützen das Postulat und den Antrag. Wir sprechen hingegen nicht vom sozialen Ausgleich. Mit diesen wenigen Franken ist die klaffende Schere zwischen Arm und Reich noch lange nicht geschlossen. Das Anliegen ist aber sympathisch und gerade in Betracht der sich dauernd erhöhenden Lebenshaltungskosten ist es für die betroffenen Menschen immer noch ziemlich existenziell wichtig, diese Franken wenigstens einmal pro Jahr zu erhalten. Es betrifft die Menschen, die ohne Ergänzungsleistungen und Gemeindegremiums unter dem Existenzminimum leben würden. Wir sollten auch bedenken, dass es Menschen gibt, die, wie das Walter Angst (AL) ausführte, keine Sozialhilfe beziehen können und genauso schlecht dran sind. Auch gibt es vor allem Sozialhilfebezüglerinnen, die genauso eng leben, keine Gemeindegremiums erhalten und ebenso auf die Beiträge angewiesen wären.*

Markus Baumann (GLP): *Wir unterstützen den Antrag des Stadtrats, weil wir davon ausgehen, dass er das korrekt beurteilt und einschätzt. Wir sind nicht gegen die Wintermantelzulage, aber wie bereits mehrmals gesagt wurde, handelt es sich um ein ausserordentlich altes Instrument, das vielleicht nicht mehr zeitgemäss und zielführend ist. Als Grünliberale sind wir der Meinung, dass das System diskutiert werden muss. Uns schwebt eine Grundsatzdiskussion bezüglich des sozialen Existenzminimums vor; der materielle Grundbedarf in Zürich wuchs. In dieser Diskussion müssen auch die Working Poor berücksichtigt werden. Diesen Kuhhandel will die GLP nicht eingehen, auch weil er keiner Nachhaltigkeit entspricht.*

Michael Schmid (FDP): *Von Kuhhandel kann nicht die Sprache sein: Im Gegenzug für unsere Unterstützung verlangen oder bekommen wir nichts von der SP. Es entspricht unserer Überzeugung, den Textänderungsantrag zu stellen. Von einer Steuerfussenkung, dies als Bemerkung zum Votum von Walter Angst (AL), profitieren nicht nur die Reichen, sondern alle Steuerzahlenden anteilmässig genau proportional gleich. Die Basis für das, was wir hier tun, sind die Steuerzahlenden, die Unternehmen und natürlichen Personen, dank denen wir die grosszügigen Geschenke verteilen können.*

Samuel Balsiger (SVP): Die Ausgaben stiegen im Verhältnis zum Bevölkerungswachstum um einen Drittel stärker. Das Budget stieg seit dem Jahr 2005 von 7 Milliarden auf 8,7 Milliarden Franken. Es stieg um einen Drittel zu stark, weil sich eine Seite profiliert und auslebt. Das sind 561 Millionen Franken, die in jedem Jahr zu viel ausgegeben werden. Was in diesen Jahren fehlte, sind Zurückhaltung, das Hinterfragen von Projekten und die Senkung von Kosten. Hätte sich der Gemeinderat an dieses Gebot gehalten, könnten wir diese 33 Steuerprozent der Bevölkerung zurückgeben. Die Rentner bezahlen seit dem Jahr 1994 51 Prozent mehr an Steuern. Diese wenigen Franken, die mit der Wintermantelzulage gesprochen werden, verblassen gegenüber dem Raubzug des Staates auf die Bürger. Der Staat steht am Anfang aller Probleme und die Mehrheit im Gemeinderat repräsentiert diesen Staat.

Florian Utz (SP): Die SVP möchte zwar dem Postulat zustimmen, die dafür notwendigen Mittel aber nicht gewähren. Aus ihrer Sicht stellen die 200 respektive 300 Franken keinen bedeutenden Vorteil gegenüber einer Steuersenkung von drei Prozent dar, während eine solche aber beim städtischen Medianeinkommen lediglich eine Steuererleichterung von 48 Franken bedeuten würde. Für die Menschen, die den Wintermantelzuschlag erhalten, würde eine Steuersenkung von drei Prozent wohl weniger als zehn Franken bedeuten. Die GLP fordert die Systemdiskussion und will die 200 und 300 Franken nicht sprechen. Eine Systemdiskussion ist jederzeit zu halten, das sollte uns aber nicht davon abhalten, die Lebensumstände von Menschen zu verbessern. Die Bevölkerung verlangt eine pragmatische Politik von uns, was bedeutet, dass wir ihre Lebensumstände verbessern sollen, wenn wir das können – dies auch unabhängig von der Mehrheitskonstellation. Es handelt sich nicht um einen Kuhhandel mit der FDP, sondern um eine Einigung; der Steuerreduktion stimmen wir nicht zu. Uns ist klar, dass wir mit diesem Antrag Ungleichheiten nicht aus der Welt schaffen können. Aber wir verbessern die Lebensumstände der Betroffenen. Für sie sind 200 oder 300 Franken sehr viel Geld.

Roger Bartholdi (SVP): Wir unterstützen das Postulat, aber nicht den Antrag – aus gutem Grund. Solche gemeinsamen Behandlungen sollten nicht zugelassen werden. Mit einem Postulat wird dem Stadtrat Zeit gegeben, etwas auszuarbeiten. Das kann er dann beispielsweise in Form einer Weisung uns vorlegen und wir können das dann in der Kommission und schliesslich im Gemeinderat diskutieren. Diese Durchmischung lehnen wir ab. Die SVP war zusammen mit den Grünen stets die Gralshüterin der Wintermantelzulagen.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

STR Raphael Golta: Dass das Thema Wintermantelzulage anstand, war uns bewusst. Ich persönlich hätte erwartet, bis die Diskussion der EL-Reform auf nationaler Ebene abgeschlossen wird. Dann kann ein Gesamtpaket bezüglich des Umgangs mit Zusatzleistungsbezügern in der Stadt in Anbetracht des Übergeordneten diskutiert werden. Die Diskussionen wurden dem Thema nur zum Teil gerecht. Diverse soziale Herausforderungen bestehen in unserem Land und in unserer Stadt. Die Ergänzungsleistungen sind nicht der einzige Bereich mit Handlungsbedarf. Auch wenn es bereits älter ist, haben wir ein ausgezeichnetes System. Zusätzliche Diskussionen hingegen stehen an: Wie können wir den Risiken von heute besser begegnen? Ergänzungsleistungen für Working Poor-Familien sind ein Thema davon. Die Diskussionen finden nicht nur in diesem Saal und auf Stadtebene statt und ich wünsche mir, dass in den nationalen und kantonalen Diskussionen genauso intensiv Position bezogen wird.

S. 364 55
5515
3637 26 000

SOZIALDEPARTEMENT
Amt für Zusatzleistungen zur AHV/IV
Gemeindezuschüsse

	Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
116. Antrag Stadtrat			42 857 200 Minderheit	Peter Schick (SVP), Shaibal Roy (GLP) Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		2 600 000	45 457 200 Mehrheit	
			Abwesend	
Begründung: Erhöhung der Wintermantelzulage				

Abstimmung gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 92 gegen 30 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu. Somit ist das Quorum von 63 Stimmen für die Ausgabenbremse erreicht.

702. 2018/56

Postulat der SP-Fraktion vom 07.02.2018:

Erhöhung der «Wintermantelzulage» für Alleinstehende, Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern

Gemäss schriftlicher Mitteilung ist der Vorsteher des Sozialdepartements namens des Stadtrats bereit, das Postulat zur Prüfung entgegenzunehmen.

Florian Utz (SP) begründet das Postulat (vergleiche Beschluss-Nr. 3762/2018).

Peter Schick (SVP) zieht den namens der SVP-Fraktion am 7. März 2018 gestellten Ablehnungsantrag zurück.

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Sozialdepartements Stellung.

Albert Leiser (FDP) stellt folgenden Textänderungsantrag:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie "Wintermantelzulage" für Alleinstehende auf ~~400~~ 500 Franken und für Ehepaare sowie Alleinstehende mit Kindern auf ~~600~~ 750 Franken erhöht werden kann.

Wortmeldungen siehe GR Nr. 2018/351, Beschluss-Nr. 692/2018, Antrag Nr. 117.

Florian Utz (SP) ist mit der Textänderung einverstanden.

Das geänderte Postulat wird mit 93 gegen 29 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) dem Stadtrat zur Prüfung überwiesen.

Mitteilung an den Stadtrat

Antrag 118.

Kommissionsminderheit/-mehrheit:

Walter Anken (SVP): Hier handelt es sich um eine versteckte Personalerhöhung. Wird ein Projekt gewünscht, werden Gutachter oder Fachexperten eingeladen, die sich dieser Sache annehmen. Auf dem Konto erfolgte eine Budgeterhöhung in der Höhe von 90 000 Franken. Wir sind der Meinung, dass 140 000 Franken gespart werden können. Fachexperten sind intern bereits genügend vorhanden; wir sollten die Menschen aktivieren, die wir selbst beschäftigen und die den Betrieb kennen und wissen, worum es geht.

Felix Moser (Grüne): Hier geht es um Fachexperten und externe Berater für die Kindes- und Erwachsenenschutzbehörden (KESB), was beispielsweise Psychiater und Übersetzer sind. Es ist sinnvoll, wenn die Stadt diese Fachexperten engagiert, wenn dies notwendig wird. Zudem fließt rund die Hälfte dieser Gelder wieder zurück, weil sie von den Klienten zurückgefordert werden können.

S. 370	55 5530 3132 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Kindes- und Erwachsenenschutzbehörde der Stadt Zürich Honorare externe Berater, Gutachter, Fachexperten usw.				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
118.	Antrag Stadtrat				850 000	Mehrheit
			140 000		710 000	Minderheit Abwesend
			Begründung:	Aufträge intern vergeben		Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 101 gegen 16 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Antrag 119.

Kommissionsmehrheit/-minderheiten:

Katharina Prelicz-Huber (Grüne): Die Fallzahlen der Sozialarbeitenden in den sozialen Zentren soll auf 85 Fälle pro Sozialarbeiterin oder Sozialarbeiter reduziert werden. Entsprechend der neuen Ausrichtung des Stadtrats soll mehr in die Beratung und Unterstützung investiert werden. Spezifisch sollte die Aus- und Weiterbildung stärker unterstützt werden, damit ein nachhaltiger Ausstieg aus der Sozialhilfe möglich wird. Dafür braucht es Zeit. Mit dieser Reduktion bedeutet das ungefähr eine halbe Stunde pro Woche pro Fall – das ist immer noch nicht viel. Es gibt auch Working Poor, die zu wenig verdienen, um ihre Familien zu ernähren: Diese Menschen sind nicht auf eine Beratung, sondern auf das Geld angewiesen. Viele Menschen mit wenig Qualifizierung sind jedoch auf diese Unterstützung angewiesen, um später aus der Sozialhilfe aussteigen zu können. Der Antrag ist flexibel zu verstehen: Es muss nicht

flächendeckend auf 85 Fälle reduziert werden, die Fokussierung auf die Beratung und Weiterbildung kann für ausgewählte Fälle erfolgen. Schliesslich soll genügend Zeit für individuelle Unterstützung und Beratung zur Verfügung stehen. So entsteht die Chance für die Betroffenen, im ersten Arbeitsmarkt wieder zu bestehen.

Walter Anken (SVP): *In unseren Augen handelt es sich hierbei um einen Irrglauben: Mit Geld kann ein solches Problem nicht gelöst werden. Es gibt Bereiche, in denen weniger Personal notwendig ist und solche, in denen mehr notwendig ist. Die Stadtverwaltung beschäftigt über 20 000 Menschen. Das bietet die Möglichkeit, einige davon umzuschulen und an den entsprechenden Stellen einzusetzen. So bleibt der Personalbestand erhalten, während die fehlenden Positionen besetzt werden können, ohne dass sinnlose Kosten entstehen. Den betroffenen Menschen können wir helfen, indem wir ihnen mit dem Steuerfuss entgegen kommen. IT-Projekte müssen endlich zu einer Effizienzsteigerung führen. Wir wollen das Budget um bescheidene fünf Prozent auf 68 Millionen Franken reduzieren.*

Severin Pflüger (FDP): *Als staatstragende Partei folgen wir dem Antrag des Stadtrats; wir bleiben hier in der Mitte.*

Weitere Wortmeldungen:

Walter Angst (AL): *Anfangs bestanden für uns einige Schwierigkeiten mit diesem Antrag, weil es sich bei der Sozialhilfe um die Sozialleistung handelt, die von den höchsten internen Kosten betroffen ist: Ungefähr ein Drittel der Ausgaben werden verwendet, um das System am Leben zu erhalten. Darum halte ich den Vorschlag von Walter Anken (SVP) für interessant, dass ein digitales Portal geschaffen wird. Ist man auf Sozialhilfe angewiesen, kann man die entsprechenden Daten angeben und bekommt die notwendige Unterstützung. Dann können sich die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter vollständig für die Integration und Beratung einsetzen. Das neue Sozialhilfegesetz kann aber nicht dementsprechend funktionieren; die Kontrollen werden zusätzlich ausgebaut und die Aufgaben der Mitarbeitenden werden verstärkt vom Hilfeauf den Kontrollbereich verlagert. Darum waren wir der erheblichen Budgetverschlechterung erst skeptisch gegenüber. Das Wichtige, das uns schliesslich aber überzeugte, ist STR Raphael Goltas Beantwortung der Frage, wofür das Geld eingesetzt werden wird. Erstens sind es die Stärkung der ungebundenen persönlichen Hilfe, die Anmeldung zur Sozialhilfe, der Kontrollmechanismus insbesondere bei der Wohnraumsicherung und bei der individuellen Beratung sowie die berufliche und soziale Integration. Diesen Einsatz halten wir für sehr sinnvoll. Zweitens sind es die Kinderschutzmassnahmen und drittens die Erwachsenenschutzmassnahmen, wo ebenfalls investiert werden soll. Darum bin ich froh, dass mehr Ressourcen vorhanden sind. Wir wissen, wofür STR Raphael Golta das Geld einsetzen wird: gezielt an den Orten, wo nicht nur den Sozialhilfeempfängern, sondern auch denen, die auf persönliche Hilfe angewiesen sind, Gutes getan wird.*

Alan David Sangines (SP): *Bereits letztes Jahr, als wir für diesen Antrag noch keine Mehrheit finden konnten, war ersichtlich, dass die Fallbelastung der Sozialarbeitenden reduziert werden muss. Die Gelder sollen verwendet werden, um die von Walter Angst (AL) erwähnten Beiträge zu verstärken. Wenn die Sozialarbeitenden Zeit für ihre Klienten haben, werden viele Steuergelder gespart. Durch die Untersuchungen in Winterthur wurde das empirisch bewiesen, wo die Anzahl der Fälle für die Sozialarbeitenden auf 75 reduziert wurde. Die Reduktion in Winterthur zeigte, dass die Menschen so schneller unabhängig von der Sozialhilfe wurden: Die Abhängigkeit wurde von 27 auf 21 Monate reduziert. Gleichzeitig konnten dank der geringeren Fallzahl jährlich 1,5 Milliarden Franken eingespart werden. Darum sollte das Budget auch aus*

ökonomischer Sicht vergrössert werden.

Walter Angst (AL): In Winterthur ging es um eine Reduktion von 120 auf 90 oder 85 Fälle. Durch die Investition wird es nicht zu einer direkten Reduktion der Sozialhilfegelder kommen – es wird den Menschen aber besser gehen, insbesondere den Menschen, die keine Sozialhilfe beziehen.

S. 372	55 5550 3010 00 000	SOZIALDEPARTEMENT Soziale Dienste Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
			Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen
119.	Antrag Stadtrat				71 562 000	Minderheit 1
				3 400 000	74 962 000	Mehrheit
			3 500 000		68 062 000	Minderheit 2 Abwesend
						Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Shaibal Roy (GLP) Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP) Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit 2
			Begründung:	Grüne: Reduktion der Fallzahlen auf 85 Fälle pro Sozialarbeitende, um Zeit für umfassende Abklärungen und Unterstützung, bspw. für Aus- und Weiterbildung zu haben; SVP: Personal nimmt erneut um 7 Stellen zu. Die zunehmende Digitalisierung in der Verwaltung muss sich endlich im Personalbestand auswirken, sonst lassen sich die IT-Projekte nicht mehr mit Effizienzsteigerung begründen. Eine bescheidene Reduktion um 5 % ist realistisch		

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge) und gemäss Art. 43^{bis} Abs. 1 lit. a Gemeindeordnung (Ausgabenbremse) für den Antrag der Mehrheit:

Antrag Stadtrat / Minderheit 1	(71 562 000)	38 Stimmen
Antrag Mehrheit	(74 962 000)	68 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(68 062 000)	<u>16 Stimmen</u>
Total		122 Stimmen
= absolutes Mehr		62 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

Antrag 120.

Kommissionsminderheiten/-mehrheit:

Alexander Brunner (FDP): Drei Dinge laufen hier falsch. Erstens wurden uns zur verkündeten wandelbaren Strategie bis heute keine Fakten präsentiert. Fragen der FDP werden nun nicht im Dezember dieses Jahres, sondern erst im Januar 2019 beantwortet, weshalb wir beinahe in einem faktenfreien Raum operieren müssen. Der zweite Fehler liegt in der Begründung der Stellen, die entstehen sollen: Wir wissen nicht,

wofür diese tatsächlich gebraucht werden. Ohne Fakten ist es schwierig zu beurteilen, was konkret mit der Arbeitsvermittlung gemeint ist. Der dritte Fehler ist schwerwiegend. Es werden Arbeitskräfte für die Arbeitsvermittlung von Sozialhilfeempfängern gesucht. Die ausgeschriebenen Stellenprofile beschreiben Sozialarbeiter und Arbeitsagogen. Wir wissen aber und sind aufgrund der Erfahrung in anderen Bezirken davon überzeugt, dass es sich um eine gute Strategie handelt, wenn hingegen Menschen mit Erfahrungen in der Arbeitsvermittlung eingesetzt werden. Sozialarbeiter und Arbeitsagoginnen braucht es nicht. Aufgrund dieser drei Fehler wünschen wir uns, dass die Strategie nochmals der Kommission verständlich übermittelt wird und dass dann neu beurteilt wird, ob es neue Angestellte braucht und welche Art von Angestellten notwendig sind.

Samuel Balsiger (SVP): Auch hier beantragen wir die Kürzung der Personalkosten. Sie stellen den grössten Kostenblock dar. Wenn wir etwas für die Bevölkerung tun und die Steuern senken wollen, müssen wir dort ansetzen. Um der sozialen Kälte der linken Politik entgegenzuwirken, beantragen wir eine Kostensenkung von knapp 1,8 Millionen Franken.

Felix Moser (Grüne): Es geht um fünf Stellen, die aufgrund der neuen Strategie in den sozialen Betrieben neu besetzt werden sollen. Dreieinhalb Stellen sind zur Hilfe bei der Stellenvermittlung vorgesehen; das ist beispielsweise die Hilfe zur Erstellung von Lebensläufen und zusätzliche Beratung. Eineinhalb Stellen dienen der Veränderung der Rahmenbedingungen, etwa damit ausserhalb der Regelzeiten Abklärungen vorgenommen werden können.

Weitere Wortmeldung:

Alan David Sangines (SP): Arbeitsagoginnen und Arbeitsagogen begleiten und unterstützen Menschen, die beispielsweise aufgrund von Langzeitarbeitslosigkeit, Beeinträchtigungen oder Unfällen einen erschwerten Zugang haben, eine Arbeitsstelle zu finden. Viele Menschen wurden so bereits integriert und von der Sozialhilfe abgelöst. Wenn Arbeitgeberinnen oder Arbeitgeber eine Person anstellen, die von der Sozialhilfe abhängig und vielleicht langzeitarbeitslos war, dann sind sie sehr froh darüber und stellen dies auch oft als Bedingung, wenn eine Sozialarbeiterin oder ein Sozialarbeiter oder eine Arbeitsagogin oder Arbeitsagoge die neu angestellte Person weiterhin unterstützt. Arbeitgeber sind oft sozial und wollen den Menschen eine Chance geben. Sie können aber nicht gewährleisten, alles anzubieten, was für eine vollständige Integration notwendig ist. Darum sind sie und die Wirtschaft als Ganzes um eine Ansprechperson, um diese geschaffenen Stellen, froh.

S. 376 55		SOZIALDEPARTEMENT				
5560		Soziale Einrichtungen und Betriebe				
3010 00 000		Löhne des Verwaltungs- und Betriebspersonals				
		Verbesserung	Verschlechterung	Betrag	Stimmen	
120.	Antrag Stadtrat			55 463 400	Mehrheit	Vizepräsident Felix Moser (Grüne) Referent, Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
		500 000		54 963 400	Minderheit 1	Severin Pflüger (FDP) Referent, Präsident Raphaël Tschanz (FDP)
		1 790 000		53 673 400	Minderheit 2 Abwesend	Peter Schick (SVP) Elisabeth Liebi (SVP) Referentin Minderheit 2

Begründung: FDP: Gemäss der neuen Strategie für die soziale und berufliche Integration soll die Integration in den Arbeitsmarkt ausgeweitet werden. Dazu sollen 5 FTE bestehend aus Sozialarbeiter und Arbeitsagoginnen geschaffen werden, um die Stellenvermittlung zu unterstützen. Dies sind jedoch die falschen Stellenprofile. Für die erfolgreiche Integration benötigt es Leute mit relevanten Erfahrungen aus der Wirtschaft und einer Nähe zum Arbeitsmarkt. Daher sind die 5 FTE zu streichen;
SVP: Stellenzunahme um 10 FTE ist unnötig. Mit bestehendem Personal abdecken

Abstimmung gemäss Art. 36 GeschO GR (gleichgeordnete Anträge):

Antrag Stadtrat / Mehrheit	(55 463 400)	85 Stimmen
Antrag Minderheit 1	(54 963 400)	19 Stimmen
Antrag Minderheit 2	(53 673 400)	<u>16 Stimmen</u>
Total		120 Stimmen
= absolutes Mehr		61 Stimmen

Damit ist dem Antrag der Mehrheit zugestimmt.

692. 2018/351

**Weisung vom 19.09.2018:
Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)**

Schlussdebatte:

Dr. Davy Graf (SP): Was bleibt von dieser Debatte? Im Vorfeld wurde die Anzahl Anträge diskutiert und sie wurde wiederum zum Gradmesser der Budgetdebatte. Diese Anzahl kann aber nicht als Kennzahl dienen. In den letzten Jahren wurde die Debatte stets von der SVP dominiert; sie stellte die meisten Anträge. So wurden im Jahr 2015 394 Anträge gestellt, viele davon von der SVP. Die Anzahl der Anträge steht aber nicht im Zusammenhang mit dem Budget. Das zeigen die Folgejahre 2016 bis 2018, in denen das Budget ein Defizit der Unschärfe darstellte und das Eigenkapital in Richtung einer Milliarde Franken stieg. Trotzdem wurden zwischen 218 und 280 Anträge eingereicht. Es zeigt sich also, dass die Halbierung der Anzahl der Anträge nicht finanzpolitisch motiviert ist. Wenn die Anzahl keine Fieberkurve für das Budget darstellt, dann ist die Interpretation dieses Ereignisses schwierig. Darum können wir zum eigentlichen Schluss kommen, dass es sich stets um ein verfahrenstechnisches Druckmittel handelte, das ausserhalb dieses Saals keine Relevanz hatte. Es ist ersichtlich, dass wenn Budgetprognosen, das Eigenkapital und auch die Ausgabendisziplin der Verwaltung deutliche Worte sprechen und positiv gewürdigt werden, dann müssen andere Kennzahlen in Betracht gezogen werden; in diesem Fall die Nettoschuld I, über die man sich logarithmisch besorgt zeigte. Die SP änderte ihre Strategie nicht, sie steht weiterhin hinter der seit Jahren erfolgreichen Finanzpolitik der Stadt. Auch in diesem Jahr stellte sie einige Anträge, bei denen es sich um Themen handelt, über die sich die Bevölkerung Sorgen macht und bei denen sie sich Beschleunigung wünscht: bezahlbare Wohnungen, Entwicklungshilfe, eine Offensive im Grünraum, Stopp der Erhöhung der Gebühren in den Pflegezentren, die Erhöhung der Wintermantelzulage und zusätzliche Integrationskurse. Einzelne Anträge der FDP stimmten uns bedenklich – etwa die

Abschaffung einer Fachstelle oder willkürliche Stellenkürzungen. Das führte aber nicht zu einem Aufschrei, weil diese Anträge im Grunde chancenlos waren, so der Eindruck. Chancenlos waren sie aber nicht, weil wir von links-grün «durchmarschierten». Denn es zeigte sich, dass ein relativ grosser Grundkonsens einer grossen Mehrheit im Gemeinderat vorhanden war, der eine urbane Politik betreiben will, die auf Zürich zugeschnitten ist. Die links-grünen Forderungen fanden Eingang in den Kanon der städtischen Politik– nicht nur dank dem Gemeinderat, sondern auch dank den vielen Volksabstimmungen der letzten Jahre. Die Argumentation zu den geforderten Steuersenkungen von rechts ist eindimensional. Denn auch die Standortförderungsinteressierten auf der rechten Seite sehen das nicht als Hauptgrund, der tatsächlich bei der Lebensqualität liegt, die stark von den staatlichen Leistungen abhängt und die in der Stadt gut ausgebildet wurde und von der Bevölkerung geschätzt wird. Das Budget ist gut auf eine urbane Politik zugeschnitten, in den letzten Jahren gleisten wir viel auf und wünschen eine entsprechende Weiterentwicklung in den nächsten Jahren. Wir adressieren Wohnraum, Grünraum und Verkehr; wir wollen die Gebühren auch für den Mittelstand entlasten; die sozial Benachteiligten und solche mit kleinen Einkommen sollen nicht sozial isoliert werden.

Michael Schmid (FDP): *Vom Budget und den Ergebnissen der Detailberatung sind wir nicht besonders beeindruckt. Doppelt so viele Anträge wurden angenommen, die zu einer Verschlechterung führen, als solche, die zu einer Budgetverbesserung führen. Die Summe ist mehr oder weniger ausgeglichen, allerdings handelt es sich beim Antrag 010. in Bezug auf die nicht besetzten Stellen um ein Herauslassen von Luft im Budget, nicht um eine tatsächliche Einsparung. Inhaltlich betrachtet wurde das links-grüne Budget noch ein wenig links-grüner. An einem Punkt beteiligten wir uns, den wir nicht als parteipolitische Frage von links oder rechts, sondern als Frage der sozialen Verantwortung betrachten. Dieser Punkt bedeutet tatsächliche Vorteile für die Betroffenen: Die Wintermantelzulage. Bei den anderen Punkten stellt sich die Frage der Rolle der GLP, die beinahe verlässlicher als die AL mit der SP und den Grünen stimmte. In einem Votum wurde das als Wahlsieg von nicht nur links, sondern auch von grüner Seite bezeichnet. Dabei vermissen wird das L in ihrem Parteinamen. Das Votum des SP-Fraktionspräsident war interessant, da er während zwei der fünf Minuten wie ein Oppositionsführer argumentierte, während er in der restlichen Zeit in Unterstützung des rot-grünen Stadtrats sprach. Immerhin resultiert nach der Budgetberatung angesichts der hervorragenden Einnahmensituation ein positives Budget, warum die FDP ihm zustimmen wird. Weiterhin sind wir überzeugt, dass eine moderate Senkung des Steuerfusses möglich ist.*

Roger Bartholdi (SVP): *Der SP-Fraktionspräsident sprach nicht dem SP-Slogan entsprechend für alle. Aus unserer Sicht wurde das Budget verschlimmbessert. So etwa handelt es sich beim Antrag 010. um einen Placebo-Antrag, den wir mitunterstützen, weil er zur Budget-Wahrheit beiträgt, auch wenn kein Franken weniger ausgegeben wird. Der prognostizierte Gewinn wird somit in Wahrheit halbiert. Von den angenommenen Anträgen kritisieren wir insbesondere die Schaffung der zahlreichen neuen Stellen; während gewisse notwendig sind, liegt die Anzahl weit über der Notwendigkeit. Dem Votum von Samuel Balsiger (SVP) entsprechend wurde über die Jahre hinweg über dreissig Steuerprozent zu viel ausgegeben, während lediglich ein Zehntel der Bevölkerung, der Wirtschaft und dem Gewerbe zurückgegeben wird. Unsere Anträge wurden erwartungsgemäss nicht angenommen. Dementsprechend lehnen wir das vorliegende Budget ab. Wir begrüssen die von der PRK aufgestellten Regeln zur Führung der Debatte, die von den meisten eingehalten wurden. Ärgerlich ist, dass Personen der RPK ihre eigenen Regeln nicht einhielten, während wir uns nur mit sehr wenigen Ausnahmen daran hielten. Des Weiteren kritisieren wir die gemeinsame Behandlung der Anträge mit den Vorstössen, die nicht direkt mit dem Budget*

zusammenhängen.

Markus Kunz (Grüne): Die Bilanz der Grünen ist durchzogener. Es ging wiederum nicht um das Geld. Diesbezüglich gilt immer noch das Diktum, dass im Budget ein bisschen weniger mehr ausgegeben werden soll. Es ging aber auch nicht um ein kleineres Budget, da es im Eigentlichen eine Sammlung von bestellten Leistungen darstellt, die während des ganzen Jahres aufgegeben werden. Die Debatte zeigte vor allem, dass wir hier im Saal in vollständig unterschiedlichen Welten leben. Das zeigt sich bereits am Detail der Digitalisierung, die eine grosse Projektionsfläche darstellt. Viele sehen die Digitalisierung als reine Sparmassnahme und verknüpfen damit Effizienzerwartungen: Alles muss besser, schneller und günstiger werden. Dabei muss erst einiges investiert werden, bis ein Vorteil entstehen kann. Die Digitalisierung bedeutet in erster Linie eine neue Technologie, neue Abläufe und ein neues Werkzeug – nicht eine Religion. In der Digitalisierung liegt das Potenzial einer Effizienzsteigerung, das hängt jedoch an den umsetzenden Menschen, nicht an der Digitalisierung selbst. Die unterschiedlichen Welten zeigen sich auch erwartungsgemäss in einem unterschiedlichen Staatsverständnis. Eine Seite will mit dem Staat und seinen Organen zusammenarbeiten und dafür kritisch aber solidarisch und konstruktiv Mittel bewilligen. Dieses Vorgehen stellt einen Budgetprozess dar. Die andere Seite will dem Staat schaden; er wird als Quelle allen Übels betrachtet und es gilt, ihn klein zu halten. Der Staat soll zum Skelett werden. Der Ruf nach Steuersenkungen und somit auch Leistungsreduktionen ist laut. In den letzten zehn Jahren verlagerte sich die Steuerlast im Kanton Zürich zunehmend auf die Einkommenssteuer der natürlichen Personen sowie auf die Gewinnsteuer bei juristischen Personen. Die leistungsfeindliche Entwicklung ist die Folge der Abschaffung oder Reduktion von diversen einkommensabhängigen Steuern, mit denen mehr als 1,2 Milliarden Franken pro Jahr verloren gingen. Das Geld fehlt nun in der öffentlichen Hand, darum sind es teilweise die Gemeinden, die diese Lücken füllen müssen. Lasten werden verlagert. Schliesslich zeigt die Debatte, dass wir in Bezug zur Wachstumsfrage gespalten sind. In diesem Raum will niemand, dass Zürich um 100 000 Menschen wächst. Die einen nicht, weil es sich sowieso nur um Ausländer handle, die anderen nicht, weil das nur Kosten mit sich bringe, die dritte Seite nicht, weil die flankierenden Massnahmen im sozialen und ökologischen Bereich nicht ausreichen werden und die vierte Seite will nur wachsen, wenn dies kostenneutral und smart geschehen kann. Es handelt sich um die einzige Debatte im Jahr, die als regelrechte Suffizienz-Debatte bezeichnet werden kann. Wir gehen von einem Kostendach aus, das der Stadtrat vorlegt: Der Finanzminister legt knapp 9 Milliarden Franken vor und wir debattieren, was wir damit finanzieren können und wollen.

Shaibal Roy (GLP): In diesem Jahr sprachen alle gewissermassen von einem Übergangsjahr. Die GLP und die anderen bürgerlichen Parteien übten wie angekündigt Zurückhaltung. Gleichzeitig kündeten wir an, dass wir ab nächstem Jahr wieder vermehrt einen Fokus auflegen. Dieses Versprechen werden wir einhalten, auch wenn es von der geleisteten Arbeit des Stadtrats abhängen wird. Ein Vorausschauen stimmt nachdenklich. Die prognostizierten Defizite und die Verschuldung werden massiv ansteigen und die positiven Sondereffekte werden nicht mehr zu finden sein. Das Eigenkapital von über einer Milliarde Franken wird stabil bleiben, was dem Stadtrat das Gefühl gibt, sich in einer Komfortzone zu bewegen. Wir vermissen nach vorne gerichtete Massnahmen; heute noch wird auf das Projekt 17/0 verwiesen. Wir wünschen uns mehr Agilität und Praktikabilität in Bezug auf Massnahmen. Wir hoffen, dass sich das im nächsten Jahr zeigen wird, weil wir auf Investitionen angewiesen sind, der Finanzbedarf steigt. Wir brauchen Fokussierungen bei den Projekten, wir brauchen Prozessoptimierungen, Beschleunigung und Investitionen in die Digitalisierung. Denn alle in diesem Saal wünschen sich schliesslich eine Smart City. Smart bedeutet auch,

dass die Massnahmen teilweise der Notwendigkeit entsprechend angegangen werden müssen. Ein Beispiel dafür sind die Spitäler, wo einschneidende Massnahmen vorgenommen werden müssen. Gleichzeitig bedeutet das eine finanzielle Belastung in den nächsten Jahren. Eine Ausgabendisziplin ist erforderlich. Wir erwarten vom Stadtrat, dass entgegen dem Finanz- und Aufgabenplan das Budget für das Jahr 2020 mit einem deutlichen Plus dargelegt wird. Wenn das nicht der Fall sein wird, werden wir umso mehr korrigierend eingreifen. Wir sind uns bewusst, dass das viel vom Stadtrat erfordert, aber machbar ist. Gleichzeitig wird von der linken Seite argumentiert, dass sprudelnde Steuererträge zur Verfügung stehen. Die Wahrheit ist aber, dass eine Stagnation der Grundstückgewinnsteuer vorliegt. Auch die Steuervorlage 17 wird ihren Tribut zollen. Das bedeutet reduzierte Steuererträge und dass wir die 3-Milliarden-Marke nicht überschreiten werden. Trotzdem sucht die FDP nach Subventionen für die drei Steuerprozent, die sie senken wollen. Wir stehen für eine nachhaltige Politik, was auch für die Steuern gilt. Die Bevölkerung und die Unternehmen sind auf Stabilität und langfristige Standortattraktivität angewiesen, nicht auf drei Prozent Steuersenkung. Als progressive Partei stellen wir die Forderung nach der Smart City. Gleichzeitig fordern wir eine Bündelung der Ressourcen, die OIZ soll dabei eine zentrale Koordinationsrolle übernehmen. Sehr positiv zur Budgetdebatte ist die Disziplin und Effizienz von allen Parteien zu erwähnen, was uns Hoffnung für die Zukunft gibt. Für das nächste Jahr wünschen wir uns weniger Anträge und dafür mehr Qualität.

Walter Angst (AL): *Wir sind weder für die Smart City noch gegen Wachstum. Unsere politischen Prioritäten sind sozialpolitischer motiviert. Das Budget ist von der HRM2-Dividende geprägt. Eigentlich würde vor dem Budget nicht ein Plus 40 Millionen Franken stehen. Wenn die 100 Millionen Franken dieser Dividende abgezogen werden, stände dort ein Minus von 60 Millionen Franken. Von Anfang an war ich darum erstaunt, dass unsere Kolleginnen und Kollegen der SP aussagten, dass es gerade noch richtig sei, ein Steuerprozent mehr auszugeben. Wie auch der Vorschlag der FDP, 50 Millionen Franken mehr Ertrag bei der Grundstückgewinnsteuer einzuschreiben, um dafür drei Steuerprozent zu senken, ist das nicht zielführend. Mit dem jetzigen Ergebnis wird Budgetkosmetik in der Höhe von 20 Millionen Franken bei den Löhnen betrieben. Die Gegenfinanzierung besteht aus den 17 Millionen Franken, die ein Massnahmenpaket darstellen, das die Umsetzung der Ziele aus den Gemeinderatswahlen repräsentiert. Die Nachhaltigkeit kann dabei aber nicht aufgezeigt werden. Der AL ist wichtig, dass in zwei Politikbereichen, die uns sehr am Herz liegen, ein Konsens, ohne die SVP, erreicht werden konnte. Das sind die Schulraum-Planung und die Diskussion um die Spitalisten, wo wir für die Spitäler eintreten, damit sie gleich lange Spiesse erhalten. Es handelt sich dabei um langfristig wichtige Signale. Die Stadtkasse wird dadurch nicht etwa entlastet. Es handelt sich aber um Signale des weiteren Einstehens für eine Stadt, die auf Leistung orientiert ist. Es ist ein Erfolgsmodell der Stadt, dass sie Steuererträge einsetzt und daran festhält, die Steuern nicht zu senken. Denn wir wollen eine Stadt sein, die Leistungen finanziert. Dadurch ist Zürich äusserst attraktiv. Mit diesem Modell droht die Stadt aber auch, langfristig an die Grenzen der Finanzierung und Weiterentwicklung zu stossen. Wenn die Stadt als kleine Trozburg im Kanton und im Land ihr Modell weiterzieht, wird sie zusehends an ihrer Attraktivität scheitern. Es besteht ein grosser Aufwertungsdruck. Wem es möglich ist, zieht in die Stadt. Das führt dazu, dass an der Stadtgrenze ein Bruch entsteht und man ausserhalb der Stadt in einer völlig anderen Schweiz lebt. Wir glauben darum, dass unser Erfolgsmodell langfristig nicht erfolgversprechend ist. Wir können langfristig nicht weiterhin Steuersubstrate in die Stadt abziehen und heldenhaft gegen den Entzug des Steuersubstrats von nationaler und kantonaler Ebene kämpfen. Auch können wir nicht langfristig dagegen kämpfen, dass uns immer mehr Lasten auferlegt werden. Das Ziel muss deshalb sein, dass sich das Erfolgsmodell verbreitert. Erste Anzeichen dafür sind, dass Vorortsgemeinden ähnlich über die Verdichtung und den Mehrwertausgleich argumentieren:*

Grundeigentümer sollen sich an den Kosten des Wachstums beteiligen. Wenn solche Modelle weitergezogen werden können, kann das Modell der Stadt Zürich, das auf Erträge setzt, mit denen Leistungen der Bevölkerung in der Breite finanziert werden, weiterbestehen. Wenn es nicht gelingt, die Stadtgrenzen zu durchbrechen, wird unser Modell zu Schwierigkeiten führen. Darum hoffe ich auf eine Koalition, die versucht, das umzusetzen.

Persönliche Erklärung:

Ernst Danner (EVP) hält eine persönliche Erklärung zur abgeschlossenen Budgetberatung.

692. 2018/351

Weisung vom 19.09.2018:

Finanzverwaltung, Budgetvorlage 2019 (Detailbudget und Produktgruppen-Globalbudgets)

Namens des Stadtrats nimmt der Vorsteher des Finanzdepartements Stellung.

***STR Daniel Leupi:** In dieser Debatte lernten wir, dass das Abweichen des Stadtrat-Antrags gefährlich sein kann – glücklicherweise nicht für Kinder. Auch kam es zu verschiedenen mathematischen Belehrungen, wobei wohl nicht jede davon einem Faktencheck standhalten wird. Dass der Staat für alle Probleme verantwortlich sei, kommt einem Aufruf zum Anarchismus gleich. Zur Frage, warum diese Debatte während einer vergleichsweise kurzen Zeit verlief, habe ich eine unwissenschaftliche Antwort: Mit den Wahlen dieses Jahres wurden zwei weitere ehemalige RPK-Mitglieder in den Stadtrat aufgenommen, der nun aus vier ehemaligen RPK-Mitgliedern besteht. Die Debatte verlief ausserdem in einem grösseren Tempo. Für alle Bemühungen, dass es in diesem Jahr sachlich, schnell, effizient und mit möglichst wenigen Provokationen stattfand, möchte ich mich im Namen des Stadtrats bei allen bedanken. Der Stadtratsantrag sah ein Plus von 34,67 Millionen Franken vor. Nach der Beratung liegt es nun bei 39,1 Millionen Franken; das Ergebnis wurde um 4,5 Millionen Franken verbessert. 20 Millionen Franken wurden durch Pauschalkürzungen eingespart, während 15 Millionen Franken wiederum auf verschiedene Positionen verteilt wurden. Das entspricht zwei Promille des gesamten Budgets. Die Befürchtungen also, dass mit der neuen Mehrheit im Gemeinderat zu viel Geld ausgegeben wird, haben sich nicht bewahrheitet. Zudem kam es zu Abstimmungskonstellationen jeder Art. Der Stadtrat nimmt die konstruktiven Elemente mit. Er prüft die Anträge und versucht, sie umzusetzen. Für die Stadt, die Bevölkerung und auch für die Wirtschaft wurde eine gute Grundlage geschaffen.*

Schlussabstimmung über die Dispositivziffern 1a–1b

Die Mehrheit der RPK beantragt Zustimmung zu den Dispositivziffern 1a–1b.

Die Minderheit der RPK beantragt Ablehnung der Dispositivziffern 1a–1b.

Mehrheit:	Präsident Raphaël Tschanz (FDP), Referent; Vizepräsident Felix Moser (Grüne), Walter Angst (AL), Renate Fischer (SP), Dorothea Frei (SP), Severin Pflüger (FDP), Shaibal Roy (GLP), Alan David Sangines (SP), Florian Utz (SP)
Minderheit:	Peter Schick (SVP), Referent
Abwesend:	Elisabeth Liebi (SVP)

Der Rat stimmt dem Antrag der Mehrheit mit 106 gegen 15 Stimmen (bei 0 Enthaltungen) zu.

Die Sitzung wird beendet (Fortsetzung der Budgetberatung siehe Sitzung Nr. 31, Beschluss-Nr. 692/2018).

E i n g ä n g e

An den nachfolgenden Texten werden keine sprachlichen Korrekturen vorgenommen.

703. 2018/498

**Postulat von Andri Silberschmidt (FDP), Sebastian Vogel (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden vom 14.12.2018:
Strategische Steuerung der im Zusammenhang mit der Digitalisierung stehenden Projekte**

Von Andri Silberschmidt (FDP) und Sebastian Vogel (FDP) und 18 Mitunterzeichnenden ist am 14. Dezember 2018 folgendes Postulat eingereicht worden:

Der Stadtrat wird aufgefordert zu prüfen, wie eine strategische Steuerung der im Zusammenhang mit der Digitalisierung stehenden Projekte gewährleistet werden kann. Es sollen auf gesamtmunicipaler Ebene klare Zielvorgaben gemacht, die dafür aufgewendeten und eingesparten Mittel ausgewiesen und die Zielerreichung überprüft werden.

Begründung:

In zahlreichen Dienstabteilungen werden zusätzliche Stellen geschaffen und finanzielle Mittel eingestellt, um Digitalisierungsprojekte zu realisieren. Als Begründung für diese Aufwendungen werden jeweils Effizienzverbesserungen, Einsparungen (teilweise in Form von Substituierung), Innovation und Annehmlichkeiten für Benutzerinnen und Benutzer angeführt. Dies ist grundsätzlich zu begrüßen.

Um die gewünschten Zwecke aber tatsächlich zu erreichen sind den Dienstabteilungen aber klare Vorgaben zu machen und die Umsetzung entsprechen zu begleiten, wie dies in der Vergangenheit beispielsweise mit der städtischen IT-Strategie geschehen ist.

Mitteilung an den Stadtrat

Das Postulat wird auf die Tagliste der nächsten Sitzung gesetzt.

K e n n t n i s n a h m e n

Es liegen keine Kenntnisnahmen vor.

Nächste Sitzung: 14. Dezember 2018, 21 Uhr.